

## **Redebeitrag der Linken zur abschließenden Haushaltsdebatte im Main-Taunus-Kreis**

**Redner: Thomas Völker**

Ja, das Geld wird knapp, selbst im mit überdurchschnittlich hohen Gewerbesteuereinnahmen gesegneten Main-Taunus-Kreis. Alle Gemeinden, Städte und Kreise leiden unter einer verfehlten Finanz- und Wirtschaftspolitik des Bundes und den fortwährenden Verstoß gegen das Verfassungsprinzip der Konnexität, auch durch das Land Hessen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU, Grünen, SPD und FDP: Ihr Klagen höre ich wohl, aber Ihre Parteien tragen seit Jahrzehnten für genau diese Entwicklung in Bund und Land die Verantwortung. Sie könnten das ändern, teils sogar in Personalunion von hier im Kreistag vertretenen Personen. Klagen Sie nicht, tun Sie also etwas. Oder vielleicht sollten Sie doch mal klagen und zwar auf die Einhaltung des Konnexitätsprinzips (Wer bestellt, der zahlt.) - aber da will man ja seinen Parteifreundinnen und -freunden in Berlin und Wiesbaden nicht zu sehr auf die Füße treten.

Stattdessen sind dann lieber die Ausländer schuld, so kann man Landrat Cyriax' Rede zur Einbringung des Kreishaushalts zusammenfassen. Es gibt seit vielen Jahren evidenzbasierte Studien, dass Menschen mit Zuwanderungsgeschichte deutlich mehr in die Sozialkassen und das Steuersäckel einzahlen als sie daraus erhalten. Und wenn wir keine Zuwanderung hätten, würden viele grundlegende Dinge unseres Landes gar nicht mehr funktionieren, im Gesundheitswesen, in der Logistik, in der Gastronomie, bei der Postzustellung, in der Landwirtschaft und zahlreichen anderen Branchen. Aber Fakten interessieren ja nicht in Zeiten des Rechtsrucks. Einfache Antworten haben Konjunktur.

Dennoch frage ich Sie: Wenn die vor dem russischen Angriffskrieg geflohene Ukrainerin ihre zwei Kinder betreuen muss, weil sie keinen Kitaplatz bekommt, und deshalb weder Sprachkurs besuchen noch Arbeit aufnehmen kann, wer trägt dann dafür die Verantwortung? Wenn Menschen, die arbeiten wollen, durch Arbeitsverbote im Asylverfahren ausgebremst werden, wer ist dann daran schuld? Und wie kann es sein, dass Menschen, die Arbeit haben, regelmäßig in den Bürgergeldbezug zurückfallen, weil die Ausländerbehörden in diesem Land es nicht schaffen fristgerecht die Arbeitserlaubnis zu verlängern? An keinem dieser drei sehr realen Beispiele tragen die zu uns geflüchteten Personen die Schuld, aber sie alle gehen in die Statistik von Herrn Cyriax ein. Für alle drei Beispiele liegt die Verantwortung in der Politik und bei den Behörden. Entbürokratisierung ist ein gern gebrauchtes Schlüsselwort in allen politischen Debatten, das betrifft eben nicht nur Unternehmen, sondern auch ganz dringend den Sozial- und Gesundheitsbereich.

Wir alle stellen fest, dass neue Aufgaben an die Kommunen fallen und die finanziellen Spielräume immer enger werden. Ich persönlich habe schon lange die Hoffnung aufgegeben, dass sich an den fortwährenden Verstößen von Bund und Land gegen das Konnexitätsprinzip etwas ändern wird. Ich glaube, wir brauchen eine radikale Umgestaltung der Finanzierung von Bund, Ländern und Kommunen. Die Gewerbesteuer sollte zu einer Gemeindegewerbesteuer<sup>1</sup> weiterentwickelt werden, die Gewerbesteuerumlage könnte zudem gestrichen werden, wenn der Bund stattdessen auf eine angemessene Besteuerung von Spitzenverdienenden und Kapitalerträgen setzen würde. Dann können die Kommunen wieder atmen und gestalten. Die Wiedererhebung der Vermögenssteuer käme übrigens direkt den Ländern zu gute, die dann durchaus auch in der Lage wären auf ständige Umlageerhöhungen, wie Krankenhaus- oder LWV-Umlage, zu verzichten. Auch das wäre eine direkte Entlastung der kommunalen Familie.

Aber für solche Schritte bräuchte es Mut, die mir an entscheidender Stelle zu fehlen scheinen.

---

<sup>1</sup>Für Kapitalgesellschaften, gewerbliche Unternehmen und alle selbstständig ausgeübten Tätigkeiten solle eine Steuerpflicht bestehen und die Gewerbesteuerumlage abgeschafft werden, erhebliche Freibeträge für Kleinunternehmen

Übrigens auch bei der Aufstellung des Kreishaushaltes. Wir haben Ihnen vorgeschlagen, privates Kapital über Crowdfunding zu mobilisieren, um Fortschritte beim Klimaschutzkonzept zu erzielen, für die Kämmerer Cyriax nach eigener Aussage kein Geld hat. Ich habe von Ihrer Seite noch nicht ein einziges Argument gehört, was dagegen spricht, aber dagegen gestimmt, hat die Koalition natürlich trotzdem. Ich bin überzeugt, dass es viele Menschen in unserem schönen und ja durchaus wohlhabenden Kreis gibt, die diese natürliche Schönheit stärken möchten und bereit wären, für konkrete Projekte ihren Beitrag zu leisten. Es gibt Kommunen, die damit sehr gute Erfahrungen gemacht haben. Warum verweigern Sie sich solchen innovativen Konzepten in schwierigen Zeiten? Ich verstehe es nicht und deshalb werden wir Ihnen nachher erneut die Möglichkeit, geben sich hier in Einzelabstimmung anders zu diesem Punkt zu verhalten.

Statt also mal über den Tellerrand hinauszuschauen, sparen Sie lieber an der Substanz. Zum wiederholten Male will die Mehrheit hier im Hause die Mittel für Bauinstandhaltung senken und das, wo wir alle wissen: Desto länger man etwas in die Brüche gehen lässt, desto teurer wird es am Ende. Die Baukosten werden auch in Zukunft weiter steigen, sie verschieben damit geringere Kosten jetzt in eine teurere Zukunft. Was das mit verantwortungsvoller Politik zu tun haben soll, verstehe ich wirklich nicht.

Kosten in die Zukunft zu verschieben und dann noch höhere Kosten in Kauf zu nehmen, das hat leider Konjunktur. Deutschland hat im Gesundheitsbereich gemessen am BIP die höchsten Ausgaben im EU-Vergleich und fast die geringsten Aufwendung für gesundheitliche Prävention. Da gibt es einen nachweislichen Zusammenhang. Und wir machen hier im Kreis genau denselben Fehler: Eltern warten monatelang, um einen Termin bei der Erziehungsberatungsstelle zu bekommen, gleichzeitig gehen die Kosten für Unterbringung von Kindern und Jugendlichen durch die Decke und die Mitarbeitenden im Jugendamt sind dauerüberlastet, so dass es eine enorme Personalfluktuation gibt. Natürlich würde die von uns geforderte dritte Erziehungsberatungsstelle Geld kosten. Aber jeder Fall, in dem nicht wegen Kindeswohlgefährdung eingegriffen werden müsste, würde in kürzester Zeit durch Einsparungen an anderer Stelle den Kreishaushalt entlasten. Sie finden keine 10.000 Euro um Frauen helfen Frauen ein weiteres Familienappartement zu finanzieren, "lieber" bezahlen wir fortgesetzte Polizeieinsätze bei häuslicher Gewalt. Statt Menschen, insbesondere Kindern und Jugendlichen, in Armut gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, um sie zu stärken und ihnen ein Ausbrechen aus der Armut zu erleichtern, worauf unser Vorschlag des Teilhabepasses setzt, lassen Sie lieber die nächste Generation im Bürgergeldbezug aufwachsen.

Jeder Euro, der in präventive Programme fließt, wird vierzehnfach eingespart bzw. rentiert sich durch spätere Mehreinnahmen an anderer Stelle. Das ist so in der Arbeitswelt - unser Antrag für ein Programm Attraktiver Öffentlicher Dienst lässt grüßen - das ist so im Gesundheits- und Sozialbereich, das ist ganz augenfällig im Bereich Umwelt- und Klimaschutz. Es wäre dringend erforderlich, dass Prävention eine kommunale Pflichtaufgabe werden würde, damit wir mehr Geld ausgeben, um an anderer Stelle deutlich mehr Geld zu sparen. Oder, damit es auch die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP verstehen: Es braucht ein Invest, um später eine Rendite erwarten zu können.

Unsere heute zur Einzelabstimmung gestellten Anträge folgen genau diesem Muster: Wir schlagen gezielte Einsparungen vor, das betrifft die exorbitanten Mietkosten der MTV, wir schlagen innovative Wege für Mehreinnahmen vor und wir schlagen präventiv wirksame Maßnahmen vor, die teils unmittelbar, teils mittelfristig kostensenkend wirken werden.

Ich freue mich auf Ihre Zustimmung.

*Es gilt das gesprochene Wort!*